

Konjunktur- und Wirtschaftsstatement

Statement von Oliver Coenenberg

Geschäftsführer Personal & Organisation sowie
Arbeitsdirektor der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH,
Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband HessenChemie

Pressegespräch der Chemieverbände Hessen

am 22. April 2026

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 22. April 2026 – 12:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum **Pressegespräch der Chemieverbände Hessen**. Ich freue mich über Ihr Interesse in diesen politisch und wirtschaftlich sehr herausfordernden Zeiten.

In meinen Ausführungen geht es um drei zentrale Fragen:

- Wie steht es um die hessische Chemie- und Pharmaindustrie?
- Was braucht es jetzt, damit Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Investitionen wieder eine echte Perspektive haben?
- Wie ist der aktuelle Tarifabschluss vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung einzuordnen?

Die deutsche Industrie bleibt in einer tiefgreifenden Krise. Hessen und die Chemie- und Pharmabranche sind keine Ausnahme. Wir sehen anhaltend niedrige Auslastung, sinkende Beschäftigung und weiterhin kaum neue Investitionen.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben ein massiver Hemmschuh. Ein zu hohes Kostenniveau, zu viel

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Regulierung und Bürokratie schränken unsere Wettbewerbsfähigkeit deutlich ein.

Hinzu kommt die angespannte weltwirtschaftliche Lage, geprägt von hoher Unsicherheit. Der Irankrieg hat die Öl- und Gaspreise in die Höhe getrieben und wichtige Lieferketten sind gestört. Für unsere energieintensive Branche ist das ein erneuter Rückschlag. Zudem bleibt es bei einer kaum kalkulierbaren Handelspolitik der US-Regierung.

Ich möchte an dieser Stelle zunächst anhand der **Daten der amtlichen Statistik** eine Bilanz zur wirtschaftlichen Situation der hessischen Chemie- und Pharmaindustrie für das **Gesamtjahr 2025** ziehen und dann auch einen Ausblick auf 2026 geben.

Wir betrachten die **pharmazeutische Industrie** und die **klassische Chemie** zunächst getrennt voneinander, da die Entwicklungen in beiden Sparten sehr unterschiedlich verlaufen.

Die hessische **Pharmaindustrie** konnte sich im Jahresverlauf stabilisieren und schloss das Jahr 2025 mit leicht positiven Vorzeichen ab.

Der Gesamtumsatz der Sparte belief sich im letzten Jahr auf knapp **18,4 Milliarden Euro**, was gleichbedeutend ist mit einer

leichten Zunahme **um 1,2 Prozent** gegenüber dem Vorjahr. Die Produktionsmenge weitete sich um **1,9 Prozent** aus, während die **Verkaufspreise** um **1,5 Prozent** zulegten. Die Beschäftigtenzahl im Pharmasektor ist 2025 gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben.

Ich muss allerdings anmerken: Diese Entwicklung verdanken wir vor allem einer stark gestiegenen Exportnachfrage nach Arzneimitteln aus den USA im zweiten Halbjahr 2025. Die sehr erratische Zollpolitik der US-Regierung hat zu vorgezogenen Sicherheitskäufen in erheblichem Umfang geführt.

Eine Fortsetzung dieser Entwicklung ist für dieses Jahr aber nicht zu erwarten. Im Gegenteil müssen wir eher damit rechnen, dass die zweite Jahreshälfte durch das Wegbrechen der Vorzieheffekte spürbar schwächer ausfallen wird. Daher gehen wir für Pharma in diesem Jahr von einer vergleichsweise gedämpften Entwicklung aus.

Kommen wir nun zur **klassischen Chemie**, in der sich die Lage deutlich schlechter darstellt. Die Krise hat das Chemiegeschäft weiterhin fest im Griff.

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

2025 gab die **Chemie-Produktion** gegenüber dem Vorjahr um weitere **4,2 Prozent** nach. Auch die **Verkaufspreise für Chemie-Erzeugnisse** sind wegen der anhaltend schwachen Nachfrage **um 1,1 Prozent** gesunken. Der **Umsatz** entwickelte sich mit gut **12,5 Milliarden Euro** noch einmal um **gut 6 Prozent** schwächer.

Die chemische Industrie steckt damit weiter in der Krise. Wie tief sie ist, zeigt sich besonders im mittelfristigen Vergleich.

Seit 2021 ist das Produktionsvolumen der klassischen Chemie um **rund 31 Prozent** eingebrochen. Beim Umsatz liegt der Rückgang seit 2022 bei **mehr als 34 Prozent**. Mit 72,5 Prozent lag die Kapazitätsauslastung am Jahresende 2025 weiterhin im nicht rentablen Bereich.

Infolgedessen ist auch die Chemie-Beschäftigung im letzten Jahr **um 3,1 Prozent** zurückgegangen.

In der Gesamtbetrachtung ergibt sich für die chemisch-pharmazeutische Industrie das folgende Bild.

- **0,7 Prozent** weniger an Produktion
- **1,9 Prozent** weniger an Gesamtumsatz

- **1,5 Prozent** weniger an Beschäftigung
- Stagnierende Verkaufspreise

Die Bilanz ist ernüchternd: 2025 hat unserer Branche nicht die erhoffte Trendwende gebracht, sondern die ohnehin angespannte Lage weiter verschärft. So viel zu den amtlichen Zahlen.

Mit Blick auf das Jahr 2026 werde ich Ihnen nun die Ergebnisse unserer eigenen **Verbandsumfrage** vorstellen. Diese haben wir im März 2026 unter den Mitgliedsunternehmen von HessenChemie nach Sparten und Betriebsgrößen durchgeführt.

Die Ergebnisse sind ein wichtiges Stimmungsbarometer für unsere Industrie – in Bezug auf die aktuelle wirtschaftliche Situation, derzeit vorherrschende Risiken sowie die Einschätzung zur weiteren Marktentwicklung.

Keine Trendwende in Sicht

Leider weisen die aktuellen Ergebnisse unserer Umfrage im ersten Quartal erneut nicht auf eine wirkliche Trendwende hin. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Lage derzeit als schlechter gegenüber dem Vorjahr bewerten, liegt bezüglich

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

- der Umsätze bei **44 Prozent**
- der Produktion bei **44 Prozent**
- der Ertragslage bei **64 Prozent**

Befragt nach den aktuell **größten Geschäftsrisiken** nannten die Unternehmen

- ungünstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen mit **84 Prozent**
- steigende Energie- und Rohstoffkosten mit **72 Prozent**
- eine Verschärfung der geopolitischen Lage mit **68 Prozent**
- steigende Arbeitskosten mit **60 Prozent**

Auch die Erwartungen für den weiteren Jahresverlauf lassen kaum Hoffnung auf eine wirtschaftliche Belebung zu – im Gegenteil. Für die nächsten sechs Monate zeigt sich folgendes Bild:

- **80 Prozent** der Befragten erwarten eine stagnierende oder eine weiter sinkende Produktion.
- **72 Prozent** gehen von einem Stillstand beziehungsweise einem erneuten Rückgang bei den Umsätzen aus.

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

- **92 Prozent** der Unternehmen erwarten demgemäß auch keine Steigerung ihrer Gewinne, beziehungsweise einen weiteren Rückgang.

Die realen Auswirkungen dieser Entwicklung sind deutlich: **60 Prozent** der befragten Unternehmen gehen davon aus, dass die Beschäftigung weiter zurückgehen wird. Bedenklich für die langfristige Perspektive ist zudem, dass **58 Prozent** der Firmen in der mittleren Frist weiter sinkende Investitionen am deutschen Standort erwarten.

Sie sehen: Die Lage unserer Industrie bleibt sehr ernst. Die schlechten Aussichten für dieses Jahr sind in diesem Zusammenhang auch bereits durch den Krieg im Nahen Osten mitbeeinflusst. Er hat die ohnehin krisenhafte Lage noch einmal deutlich verschärft.

Zur Einordnung: Der Preis für Erdöl ist allein seit Ausbruch des Irankriegs **um gut 41 Prozent** auf aktuell gut 94 US-Dollar pro Barrel gestiegen, der europäische Referenzpreis für Erdgas **um knapp 35 Prozent** auf rund 42 Euro je MWh. Für die chemische Industrie, die diese Stoffe nicht nur als Energielieferanten,

sondern auch als Rohstoff zur Weiterverarbeitung benötigt, ist diese Entwicklung wirtschaftlich pures Gift.

Dass die Kollegen vom VCI wegen der damit einhergehenden Unsicherheiten ihre Prognose für das laufende Jahr Mitte März zurückgezogen haben, spricht Bände. Bereits vor Ausbruch des Irankriegs war der VCI ohnehin nur von einer stagnierenden Produktion und einem leichten Umsatzminus für dieses Jahr ausgegangen.

Zähes Ringen in der Tarifpolitik

Auch tarifpolitisch wirken sich die bestehenden Rahmenbedingungen und die jüngsten Entwicklungen auf unsere Branche aus. Es brauchte lange und intensive Verhandlungen, bis in der dritten Bundesrunde Ende März ein Tarifkompromiss für die Chemie erzielt werden konnte. Das Ergebnis spiegelt die herausfordernde Lage einer Industrie wider, die sich inmitten tiefgreifender Strukturveränderungen behaupten muss.

Die Gewerkschaft forderte eine Stärkung der Kaufkraft durch Entgeltsteigerungen oberhalb der Inflation und

Beschäftigungssicherung, während die Arbeitgeberseite mit Nachdruck auf die extrem angespannte Wirtschaftslage verwies. Am Ende steht ein Tarifabschluss, der beiden Seiten viel abverlangt, aber im Ergebnis sowohl das Bedürfnis nach Entlastung als auch nach Stabilisierung der Beschäftigung berücksichtigt. Konkret bedeutet das:

- Eine Gesamtlaufzeit von 27 Monaten bis 31. Mai 2028
- 10 Leermonate zu Beginn in 2026
- Eine zweistufige Erhöhung der Tarifentgelte
 - 1. Stufe: ab 01.01.2027 um 2,1 Prozent
 - 2. Stufe: ab 01.01.2028 um weitere 2,4 Prozent

Mit dem darüber hinaus vereinbarten Transformationsbetrag von 300 Euro pro Kopf verfolgen die Chemie-Sozialpartner zusätzlich einen tarifpolitisch neuen Ansatz. Für die Jahre 2026 und 2027 stellen die Arbeitgeber diesen Betrag bereit. Damit können in den Betrieben zielgenau Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und Transformation umgesetzt werden.

Der jüngste Vorschlag der Bundesregierung zu einer steuerfreien Entlastungsprämie hat in unserer Tarifrunde naturgemäß keine Rolle spielen können. Eine Einschätzung dazu kann Ihnen Herr Meyer nach unserem Überblick geben.

Ein wirtschaftspolitischer Befreiungsschlag ist nötig

Den Gestaltungswillen, den wir in einer schwierigen Tarifrunde aufgebracht haben, muss jetzt auch die Politik zeigen – insbesondere im sozialpolitischen Bereich.

Die Arbeitskosten bleiben für die Unternehmen eine der größten Belastungen. Die Sozialabgaben liegen heute bereits bei 42,3 Prozent – eine Entwicklung, die wir seit längerem mit großer Sorge beobachten. Denn das bedeutet weniger Netto für die Arbeitnehmer und höhere Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber. Deshalb brauchen wir mehr denn je Reformen in der Sozialversicherung, die spürbar entlasten – Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen.

Statt immer weiter an der Einnahmenschraube zu drehen, müssen jetzt endlich die Ausgaben in den Fokus kommen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Rentenversicherung. Ohne strukturelle Reformen werden die Beitragssätze weiter steigen – und damit auch die Kosten für Arbeit. Wenn die Rentenkommission der Bundesregierung in der zweiten Jahreshälfte ihre Ergebnisse vorlegt, muss die Reformhandbremse endlich gelöst werden.

Gleichzeitig besteht im Gesundheitssystem akuter Handlungsbedarf. Die ersten Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit liegen jetzt auf dem Tisch. Es muss darum gehen, die Ausgaben effizient und zielgenau auszugestalten und auf das Notwendige zu beschränken.

Dies bedeutet beispielsweise, versicherungsfremde Leistungen gerade nicht aus Beiträgen zu finanzieren, die umfassende Digitalisierung des Gesundheitswesens merklich voranzubringen und ineffiziente Strukturen abzubauen. Auf den Beitrag, den die Pharmaindustrie bereits heute zur Stabilisierung der GKV leistet, wird Herr Dr. Kreysing gleich in seinen Ausführungen eingehen. Ebenso auf die Bedeutung unserer Branche für eine resiliente Arzneimittelversorgung. Damit übergebe ich an Sie.